

Erbschaftssteuer und Bundesbankgewinne

- Ergänzende Anmerkungen

- Einschätzung der Einnahmentwicklung

Wie aus unserem Parteiprogramm klar hervorgeht, stellen die Einnahmen aus Bundesbankgewinn und Erbschaftssteuer die Grundlage der Staatsentschuldung - die Bewertungsgrundlage - dar. Sie bilden mit einem Anteil von 20 % die reale Entschuldungssumme, die dann mit dem 4-fachen Betrag zur tatsächlichen Entschuldungssumme aufaddiert wird. (80 % der Entschuldungssumme werden ohne tatsächliche Einnahmen „gedruckt“). Unser klares Ziel ist die weitgehende Staatsentschuldung innerhalb eines Zeitraums von ca. 20 Jahren, den man natürlich nicht genau festlegen kann. Um diese Zielsetzung zu erreichen, ist eine jährliche Entschuldungssumme im Bereich von 50 bis 70 Milliarden Euro erforderlich. Das bedeutet für unser Programm: Die Einnahmen aus Bundesbankgewinnen und Erbschaftssteuer sollten einen durchschnittlichen Betrag von 10 bis 14 Milliarden Euro jährlich erbringen, damit wir dieses Ziel erreichen können.

Unsere Zielsetzung:

10 bis 14 Milliarden jährliche Einnahmen aus Bundesbankgewinnen und Erbschaftssteuer - als Bewertungsgrundlage zur Staatsentschuldung

Warum haben wir diese Entschuldungssumme zur Grundlage unseres Programms gemacht?

Die Rückzahlung der staatlichen Schulden allein über Einnahmenerhöhungen und Ausgabenreduzierungen ist – von Wirtschaftsfachleuten unbestritten – in einem überschaubaren Zeitraum nicht mehr möglich. Wir lehnen als Alternative eine hohe Inflation oder gar eine Währungsreform ab. Beide Vorgänge beinhalten unkalkulierbare Risiken, die sehr schnell einen völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch beinhalten können und letztendlich eine Aufgabe unserer Wirtschaft zugunsten der aufstrebenden asiatischen Länder wie China und Indien bedeuten. Wir gehen mit unserem Programm einen Weg, der eine sinnvolle Alternative zur Währungsreform darstellt und die Risiken auf ein Minimum zurückführt. Auf den ersten Blick ist unser Programm natürlich unseriös. Wer aber einen scharfen Blick auf die Realität hat, erkennt sehr schnell, dass unser Programm ein mutiger, notwendiger, unumgänglicher Schritt ist. Wir versuchen, unter Umgehung einer hohen Inflationsrate und mit einem sozialverträglich noch möglichen Umsteuern im Ausgabenverhalten die Staatsverschuldung zurückzuführen. (Unser Vorhaben sollte auch für andere Euro-Länder richtunggebend zur Haushaltsentschuldung sein.)

Wir wollen, wie dies auch bei einer Währungsreform der Fall ist, Geld „drucken“. Der Weg, den wir gehen, beinhaltet aber einen gravierenden Unterschied zur Vorgehensweise bei der Währungsreform. Während bei einer Währungsreform zu einem bestimmten Zeitpunkt ein Schnitt gemacht wird, ein Neuanfang mit völlig veränderten Geldwerten, mit Vernichtung von Spar- und Rentenvermögen (natürlich auch von Schulden), bedeutet unser Ansatz ein völlig anderes Ergebnis. Durch die langfristige Schuldentrückführung in der Kombination mit Entschuldung durch Einnahmen und Aufaddieren dieser Summe zur tatsächlichen Schuldentilgung bleibt der Geldwert erhalten. Unser Weg bedeutet einen festen Anteil an wirklicher Schuldentrückzahlung. Die langfristige Zuführung von Banknoten ohne tatsächliche Einnahmen ist an feste, während der Entschuldungsphase nicht mehr veränderbare Regeln gebunden, die allen Bürgern verständlich gemacht werden müssen. Es erfolgt kein einmaliger, sondern ein auf ca. 20 Jahre verteilter gleichmäßiger Geldzugang. Durch sachliche aufklärende Information werden wir die Bürger für unsere Art der Schuldentrückführung gewinnen können. Das gilt besonders, wenn sich die Erkenntnis durchsetzt, dass ein anderer Weg nicht mehr möglich ist.

Wie werden sich die Banken verhalten?

Gerade die Banken tragen die Hauptschuld an der jetzigen Wirtschaftskrise. In nicht unerheblichem Maße haben sie mit ihrer großzügigen Kreditvergabe auch zur weltweiten Überschuldung der meisten Staatshaushalte beigetragen:

- Durch ungezügelter Spekulationen der Banken, die die Politik nicht unterbunden hat, wurde die jetzige Wirtschaftskrise ausgelöst.
- Durch viel zu großzügige Kreditvergabe der Banken ohne Auflagen bzw. Risikozuschläge an überschuldete Staaten wurden erst die weltweiten Staatsverschuldungen in diesem Ausmaß möglich gemacht.

Das gilt besonders für das ungezügelter Ausgabenverhalten des amerikanischen Präsidenten Bush, der von den Banken durch ungehinderten Kreditzugang gestützt wurde. Erst dadurch wurden seine sinnlosen Kriegseinsätze möglich. Ohne großzügige Kreditvergabe der Banken hätte der amerikanische Präsident Bush seine Kriege nicht finanzieren können. Mit Steuererhöhungen hätte er die amerikanische Begeisterung für seine Kriegsvorhaben in dieser Form nicht erlebt und den notwendigen demokratischen Widerstand gegen seine Vorhaben gespürt.

An diesen Punkten sieht man auch sehr deutlich, warum die Politik die Banken nicht bremsen konnte und wollte und umgekehrt die Banken durch Erhöhung der Risikozinsen der ungezügelter Staatsverschuldung keinen Riegel verschieben konnten und wollten!!!

Die Alternative zu unserem Entschuldungsprogramm wäre auch für die Banken sehr viel risikoreicher. Das ist auch den teilweise doch sehr kurzfristig in Boni-Strukturen denkenden Bankvorständen klar. Die Perspektive, die wir gegenüber der Währungsreform bieten, ist auch für die Banken der bessere Weg.

Kommen wir zur vorgesehenen Entschuldungssumme von jährlich ca. 50 bis 70 Milliarden Euro.

Unsere Vorstellung von Entschuldung beinhaltet die Vermeidung von unkontrollierbaren Inflationsraten. Dem steht natürlich unsere Parteigrundsatz entgegen, zur Entschuldung der staatlichen Haushalte Einnahmen aufzuaddieren, das heißt, 80 % der Schulden durch „Geld-drucken“ zu löschen. Um das Vertrauen in die Geldwertstabilität nicht zu gefährden, darf die jährliche Entschuldungssumme einen bestimmten Höchstbetrag nicht überschreiten. Diese Grenze ist nach unseren Vorstellungen die Höhe der Zinsverpflichtungen, die im Durchschnitt bei etwa 4 % der Schuldsomme anzusetzen ist. Natürlich gilt das nur für die Anfangsphase der Entschuldung. Mit fortschreitender Entschuldung werden sich die Schuldzinsen reduzieren, die Entschuldungssumme wird aber auf Grund der normalen schleichenden Inflation zunehmen. (Die Schuldzinsverpflichtungen werden nicht über den Schuldenhaushalt bedient, sie verbleiben bei den entsprechenden Haushalten. Siehe dazu unser Parteiprogramm).

Die steigende Alterspyramide lässt nach Einschätzung vieler Fachleute eine immer weiter steigende Erbmasse erwarten, die zu erheblichen Einnahmesteigerungen der Erbschaftssteuer in der Zukunft führen dürfte.

Eine zu schnelle Entschuldung im Anfangsstadium der Entschuldungsphase würde die Inflation unnötig beschleunigen, was wir vermeiden wollen. Da die Entschuldungsregeln während der Entschuldungsphase nicht mehr verändert werden dürfen, wird sich eine später zu erwartende Beschleunigung der Entschuldung nicht negativ auf die Inflation auswirken.

Wie stellen sich die Einnahmen aus Bundesbankgewinnen und Erbschaftssteuer zurzeit dar?

Die **Bundesbankgewinne** unterliegen sehr starken Schwankungen und sind letztendlich nicht beeinflussbar. Sie erbrachten in den vergangenen Jahren folgende Gewinne:

1995:	5,3 Mrd. Euro	2002:	5,4 Mrd. Euro
1996:	4,5 Mrd. Euro	2003:	0,2 Mrd. Euro
1997:	12,1 Mrd. Euro	2004:	0,7 Mrd. Euro
1998:	8,5 Mrd. Euro	2005:	2,9 Mrd. Euro
1999:	3,5 Mrd. Euro	2006:	4,2 Mrd. Euro
2000:	8,4 Mrd. Euro	2007:	4,3 Mrd. Euro
2001:	11,2 Mrd. Euro		

Für die Jahre 2008 bis 2112 werden die Gewinne auf 3,5 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Verlässliche Schätzungen sind allerdings nicht möglich. Wir erwarten nach Beginn der Entschuldungsphase einen Rückgang der Bundesbankgewinne. Aufgrund der Schuldenrückzahlung wird der Kreditbedarf an die Bundesbank abgeschwächt, die momentane Überkapazität in der Wirtschaft macht einen stark steigenden Kreditbedarf im Produktionsbereich ebenfalls sehr unwahrscheinlich.

Das **Erbschaftssteueraufkommen** 2007 belief sich auf ca. 4,2 Milliarden Euro. Da in den nächsten Jahrzehnten aufgrund der Alterspyramide immer größere Vermögenswerte an die nächste Generation übertragen werden, ist mit einem stetig steigenden Erbschaftsteueraufkommen zu rechnen. Allerdings sind die jetzigen Mandatsträger bestrebt, die Freibeträge für die Erbschaftsteuer, die ja den Ländern zusteht, aber vom Bund gesetzlich geregelt wird, immer höher anzusetzen.

Die in den letzten Jahren erreichten Einnahmen aus Bundesbankgewinnen und Erbschaftsteuer reichen – aufaddiert - nicht aus, um eine nach unseren Vorstellungen notwendige jährliche Entschuldungssumme von 50 – 70 Milliarden Euro zu erreichen.

Die **Bundesbankgewinne** liegen außerhalb der Einflussmöglichkeiten der politischen Führung. Wir können also nur **Einfluss auf die Erbschaftssteueraufkommen** nehmen. Wie weit es möglich sein wird, diese so zu erhöhen, dass die Einnahmen unseren Vorgaben entsprechen, können wir noch nicht beurteilen. 2007 wurde in den Ländern NRW, Bayern und Baden-Württemberg ca. 60 % der Erbschaftsteuereinnahmen erzielt. Das wirft natürlich Fragen auf, warum diese Einnahmen in den anderen Bundesländern so extrem niedrig ausfallen. Dieser Frage müssen wir zunächst einmal nachgehen.

Eine erbschaftsteuerfreie Übergabe von Produktionsvermögen ist für uns ein unumstößlicher Programmpunkt. Allerdings muss es hier eine sehr klare Definition geben, die den Begriff Produktionsvermögen einschränkt. Wir werden, um unser Ziel zu erreichen, die Freibeträge senken und evt. einen geringen Eingangsteuersatz für Erbschaften ansetzen. Dabei werden wir Wert darauf legen, dass die Erbschaftsteuer evt. in Raten bezahlt werden kann oder Anteile an Erbvermögen als Abfindung an den Staat übertragen werden darf.

Welche Alternativen gibt es, eine jährliche Entschuldungssumme von 50 bis 70 Milliarden Euro zu erreichen, wenn Bundesbankgewinne und Erbschaftsteuereinnahmen nicht ausreichen?

Sollten die beiden Einnahmen nicht ausreichen, um eine unseren Vorstellungen entsprechende jährliche Entschuldungssumme zu erreichen, haben wir folgende Alternativen vorgesehen:

1. Der Umrechnungsfaktor wird um 1 erhöht. Das heißt, die Einnahmen werden mit 5 zur Entschuldungssumme multipliziert.

Dieser Weg ist für uns allerdings bedenklich, weil wir aus Gründen des Vertrauens in die Geldwertstabilität eine tatsächliche Entschuldungssumme von 20% aus Einnahmen als Minimum ansehen

2. Eine weitere, noch zu benennende Einnahmequelle wird dem Sonderhaushalt zugewiesen.

Damit werden natürlich weitere Einnahmen den Staatshaushalten entzogen, weitere Einsparbemühungen oder Steuererhöhungen notwendig.

Diese Alternativen sind natürlich nur vorgesehen, wenn die Bundesbankgewinne und Erbschaftsteuereinnahmen dauerhaft unter unseren Vorstellungen bleiben.

Welche zusätzlichen Hoffnungen verbinden wir mit dem Einsatz der Erbschaftssteuereinnahmen zur Entschuldung des Staates?

Der Grundgedanke, die Erbschaftssteuer zur Entschuldung der Staatshaushalte einzusetzen entstammt einer etwas skurrilen Idee. Wir stellten uns bereits vor einiger Zeit die Frage, ob es möglich wäre, Handlungsweisen aus dem Mittelalter – etwas abgewandelt - mit Vorteilen für den Staat, in die heutige Zeit zu übertragen. Die Fragestellung befasste sich mit folgendem Sachverhalt:

Die Katholische Kirche hatte im Mittelalter finanziell ihre erfolgreichste Phase mit der Einführung des Ablasses. Das bedeutete seinerzeit: Wenn man nach seinem Tod finanzielle Werte an die Kirche übertrug, war man nach dem Tod von aller Schuld, die man sich im Leben aufgeladen hatte, befreit. Wie könnte man dieses sehr erfolgreiche Geschäftsmodell im Mittelalter auf die jetzige Zeit übertragen?

Aus dieser Fragestellung entwickelte sich dann die Einsicht, dass die Erbschaftssteuer aus mehreren Gründen die ideale Einnahmequelle zur Entschuldung des Staates darstellt. Einige dieser Gründe können Sie beim Studium unseres Programms sehr schnell erkennen. Auf einen weiteren Punkt möchten wir an dieser Stelle verweisen:

Wir wissen, dass die Spendenbereitschaft in Deutschland sehr groß ist, das bei fehlenden Erben oder Nachfolgern oft Stiftungen eingerichtet werden. Unseren Grundgedanken, unsere Hoffnung, haben wir darauf gerichtet, das begüterte Bürger, mit oder ohne eigenen Nachfolger, bereit sind, einen Teil ihres Nachlasses dem Staat zu überlassen, um die Staatsverschuldung zurückzuführen und damit die Situation der Nachfolgegeneration zu verbessern. Wir werden diese Vorstellung aktiv bewerben und erwarten durchaus über diese Schiene einen beschleunigten Schuldenabbau.